

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezücker  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 M bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 M; durch die Post monatlich 2.60 M freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm  
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangswise Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 127

Dienstag, den 3. Juni 1930

82. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

Im Monat Mai 1930 werden folgende Steuern fällig:

### Am 5. d. M. Aufwertungssteuer

Die Pflichten werden aufgefodert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangs-  
weiser Beitreibung alsbald an unser Steueramt abzuführen. Schriftliche Mahnung  
erfolgt nicht.

Am 15. d. M. Staats- u. Gemeindegewerbesteuer. 1. Term. Vorauszahlungen 1930  
Bis zur endgültigen Veranlagung der Gewerbesteuer 1930 sind Vorauszahlungen in  
Höhe von ein Viertel der Jahressteuerbeträge 1929 zu entrichten. Das Mahnverfahren  
beginnt am 23. d. M.

Vom Tage der Fälligkeit der Steuern ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. S. jährlich.  
Pulsnitz, am 3. Juni 1930.  
Der Stadtrat

Mittwoch, 4. Juni 1930, vormittags 11 Uhr in Pulsnitz, Restaurant zum Bür-  
gergarten sollen gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden:

2 Schreibmaschinen, 1 Tafel mit Fächern, 1 großes Regal mit Fä-  
chern, 1 Kommode, 1 Tisch, 2 Schreibpulte, 100 kg Leinenabfallgarn  
und 1 Wintermantel

Pulsnitz, am 3. Juni 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

## Das Wichtigste

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Newyork hat der Senat am  
Montag ohne namentliche Abstimmung das deutsch-amerikanische  
Schuldenabkommen angenommen. Die Vorlage, die bereits vom  
Repräsentantenhaus angenommen ist, geht nunmehr dem Präsidenten  
zur Unterschrift zu.

Die Passagierliste des „Graf Zeppelin“ ist noch nicht abgeschlossen.  
Vermutlich werden 22 Ehrengäste an der Rückfahrt teilnehmen.  
Als neue Passagiere kommen noch hinzu der Polarforscher Wilkins  
und dessen Frau. Der Infant Alfonso und der Leibarzt des Königs  
von Spanien, Dr. Megias, fahren ebenfalls bis Sevilla mit.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

### Das Blumenbrett

Nicht überall und zu jeden Menschen kommt die Natur  
bis an das Haus heran. Wer alt oder krank ist, kann nicht  
unter dem grünen Dach der Bäume wandeln, von denen in  
der lärmfernen Stille der Parks und Gärten eine wohlige  
Ruhe niederrieselt. Hier fängt das Blumenbrett vor dem  
bescheidensten Fenster die weite Welt ein und läßt ein Stück-  
chen Gottesgarten aus ein paar Kübeln entstehen. Es mögen  
ihnen nur zwei oder drei Topfpflanzen sein, und ewige We-  
lobie der Sehnsucht nach der Teilnahme am Dem des Alls,  
nach dem Miterleben des geheimnisvollen, das in Myriaden  
von Fäden von Alt zu Alt, von Zweig zu Zweig „Märchen  
noch so wunderbar“ spinnt.

Aber nicht jedes Blumenbrett ist ein solches verschwunde-  
nes Märchenloß, in dem die Gedanken nach überallhin  
schweifen, bis zurück in die Tage sorgloser Jugend. Manche  
scheinen in einen Steinrahmen eingeklemmt, nebensächlich, ober-  
flächlich, belanglos. Man glaubt ihrem kümmerlichen Leuchten  
die wenige Liebe anzusehen, mit denen sich die Besitzer  
ihnen verbunden fühlen. Sie hocken wie Mauerblümchen in  
ihren grünen Kästen und sehnen sich vielleicht müde nach  
ihren Schwestern draußen im freien Plan. Kaum daß ein  
Vogelruf ihr Dasein verschönt. Und ähnlich mögen die  
Menschen sein, die hinter ihnen ihre kurzen Tage verbringen, ver-  
drossen und ohne inneren Schwung vom Morgen bis zum  
Abend ihren Trost gehen.

Aber dann wieder bleibt das Auge an Blumenbrettern  
haften, die wie ein lebendiger Hymnus an die Freude aus  
dem Mauerwerk herauslachen. Bunt, wie eine Sommer-  
wiese, über die die Falter in Sonnenfeligkeit gaukeln. Das  
ist wie jubelnde Bejahung des Daseins, auch wenn das  
Blau des Himmels nur hoch oben in einem kleinen Aus-  
schnitt vorbeizieht und die Sonne, die kaum oder nur mit  
einem flüchtigen Gruß streichelt. Als wollten sie ein sicht-  
bares „Troßallem“ sein. Und man denkt, das müssen  
Menschen sein, die sich in der Enge von vielleicht nur vier  
Wänden erdverbunden fühlen, selbst wenn das bißchen Blu-  
menerde die einzige Scholle ist, die sie ihr Eigen nennen.  
Blumen vor dem Fenster spiegeln die Seelen derer wider,  
die hinter dem Scheiben wohnen.

Pulsnitz. Jubiläum. Heute vollenden sich 25 Jahre,  
daß Herr Gastwirt Anton Rataj Inhaber des beliebten Aus-  
flugsortes „Waldschlößchen“ ist. Das Ehepaar Rataj hat  
es verstanden, ihre Lokalitäten mit schönem Garten dem  
Publikum so behaglich als möglich zu machen und war auch  
stets bestrebt, mit der Neuzeit fortzuschreiten. Zum heutigen  
Jubiläumstage wünschen wir den wertgeschätzten Wirtsleuten  
auch für die nächsten Jahre alles Gute und Freude in  
ihrem Beruf.

## Beamtenabbau und Pensionskürzungen für Doppelverdiener

Berlin. Das Ausgaben-Senkungs-Gesetz  
vom Reichsfinanzminister jetzt dem Reichskabinett vor-  
gelegt worden. Entgegen anderslautenden Meldungen  
handelt es sich nicht um einen Abbau der zur Zeit im Dienst  
befindlichen Beamten, sondern um einen allmählichen  
Rückbau und um eine Zurückschraubung der Be-  
amten in den Ministerien um 10 Prozent. Eine  
Pensionskürzung ist nur in begrenztem Umfang und nur  
für Doppelverdiener vorgesehen.

Das Ausgaben-Senkungs-Gesetz war schon von der  
letzten Regierung in Aussicht genommen. Das Reichsfinanz-  
ministerium will versuchen, jene Forderungen zu erfüllen,  
die seit langem von der Parteien und von der Öffentlichkeit  
nachdrücklich gewünscht wurden.

### Das umstrittene Notopfer.

Das Reichskabinett berät über die Deckung  
des Defizits.

Das Reichskabinett tritt am Dienstag nachmittag zu  
einer Beratung über die Deckung des Defizits im  
Etat und über das Ausgaben-senkungs-gesetz zu-  
sammen. Das Kabinett beschäftigt sich in dieser Sitzung zu-  
nächst mit der Reform der Arbeitslosen-versiche-  
rung und mit der Erhöhung der Beiträge zur  
Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent. Weiter  
setzt das Kabinett den Versuch fort, durch eine Ver-  
längerung des Kontingents der Zigarettenindustrie und durch  
den Plan eines Notopfers das Defizit, das jetzt schon weit  
über 750 Millionen hinausgeht, wieder auszugleichen.

Im Zusammenhang mit den Einzelheiten der Erhöhung  
der Arbeitslosenversicherung, die noch stark umstritten sind,  
wird der Plan eines Notopfers im Kabinett in den verschie-  
densten Formen erwogen. Der Reichsfinanzminister hat zwar  
einen Entwurf für das Kabinett fertiggestellt, der offenbar  
nicht an einen Zuschlag auf alle Einkommen denkt, sondern  
auf ein sogenanntes Notopfer der Festbesoldeten hinausgeht.  
Sehr umstritten ist die Einkommensteuerhöhe, bis  
zu der das Notopfer gezahlt werden soll.

### Nicht neue Steuern, sondern stärkste Ausgaben-senkung.

Reichsminister a. D. Dr. Scholz über Finanzpolitik und  
Reichsreform.

Münster. Anlässlich des Wahlkreis-Parteitages West-  
falen-Nord der Deutschen Volkspartei sprach Reichsminister  
a. D. Dr. Scholz über die politische Lage. Er wies darauf  
hin, daß eine Umkehr von unserer gesamten Finanzpolitik  
notwendig sei. Die Stellung des Kabinetts Brüning sei  
innerlich so stark, wie bei kaum einer Regierung zuvor. Der  
Fehlbetrag von 750 Millionen beruhe im wesentlichen auf der  
ungeheuren Arbeitslosigkeit. Eine Sanierung  
der Wirtschaft sei notwendig, wenn steuerliche Einnahmen in  
steigendem Maße aus Deutschland herausgeholt werden  
sollen.

Im Augenblick seien nicht neue Steuern, sondern  
stärkste Ausgaben-senkung auf allen Gebieten erfor-  
derlich. Es sei falsch, das sogenannte Notopfer auf  
Beamte und Festbesoldete zu beschränken. Ein solches  
einseitiges Notopfer sei mit Entschiedenheit abzu-  
lehnen.

Mit gewissen Zwangsmaßnahmen für eine Preissenkung  
ließe sich vielleicht ein Notopfer erreichen, daß alle Schichten  
der Bevölkerung umfasse. Auch die Beamtenschaft würde sich  
wohl bereithalten, mit den anderen Volksgenossen zusammen  
ein solches Notopfer in Gestalt gekürzter Löhne

und Gehälter zu bringen. Was die Frage der Land-  
wirtschaftshilfe angehe, die zum vorläufigen Abschluß ge-  
kommen sei, so dürfe die Bedeutung der Landwirtschaft in  
der Gesamtwirtschaft nicht unterschätzt werden. Seine Partei  
sei bereit, mit noch stärkeren Mitteln die Landwirtschaft zu  
fördern.

Die Frage der Hilfe sei nicht nur vom landwirt-  
schaftlichen, sondern auch vom nationalen Stand-  
punkt aus zu betrachten.

Eine Reichsreform und vor allem die Neuordnung des  
Verhältnisses zwischen Reich und Preußen seien unbedingt  
notwendig. Eine starke Regierung müßte jetzt hierfür einen  
Reformvorschlag vorlegen, denn heute noch wirken in der  
Verwaltung tausend Kräfte neben und gegeneinander.

Die Bemühungen zur Sammlung des Bürgertums  
müssen energisch weiter betrieben werden. Seine Partei sei  
unter Umständen bereit, in ein größeres Ganzes aufzugehen.

### Thüringen gibt nicht nach.

Weimar. Das thüringische Kabinett hat am Montag-  
nachmittag einstimmig beschlossen, auf seinem bisherigen  
Standpunkt zu beharren und dem Ersuchen des Reichsinnen-  
ministers auf Zurücknahme des Beschlusses über die An-  
stellung der Polizeidirektoren im Sinne der Be-  
anstaltung des Reichsinnenministers nicht zu entsprechen.  
Sollte der Herr Reichsinnenminister daraufhin die Polizei-  
zuschüsse sperren, so wird der Staatsgerichtshof angerufen  
werden. — In der Frage der Schulgebühren hat das Reich  
bereits den Staatsgerichtshof angerufen. Die Verhandlungen  
mit der Kirche und den in Betracht kommenden Organi-  
sationen in Thüringen werden unabhängig davon fortgesetzt  
werden.

### Lardieu große politische Programmrede.

Paris. Am Sonntag hielt der französische Minister-  
präsident Lardieu in Dijon die angekündigte große  
politische Programmrede über die Erfolge der Innen-,  
Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik seines Kabinetts. Er  
betonte eingangs, daß seine politischen Ziele seit dem No-  
vember vollkommen festgelegt gewesen seien. Bei seinem  
Regierungsantritt seien die verschiedensten Fragen, darunter  
die Regelung der deutschen Kriegsschulden,  
noch nicht gelöst gewesen. Abgesehen von der militärischen  
Sicherheit habe damals die einzige Sicherheit gegenüber  
Deutschland darin bestanden, daß Deutschlands Kredit mit  
seinen Schuldverpflichtungen verflochten war. Jetzt sei aber  
auch die Höhe der deutschen Reparationsertrages festgelegt.  
In Kürze würde die Mobilisierung der ersten Tranche er-  
folgen, und in die französische Staatstasse würden über  
100 Millionen Dollar fließen.

Wenn am 30. Juni mit der geziemenden Würde, ohne  
Eile, aber auch ohne Verzögerung, entsprechend dem von  
den französischen Militärbehörden aufgestellten Programm  
die dritte Rheinlandzone geräumt sein werde,  
werde der Young-Plan nicht nur rechtlich, sondern auch  
tatsächlich in Kraft sein,  
und die finanziellen Garantien, die Frankreich fehlten, als  
das Kabinett Lardieu die Regierung übernahm, würden  
Geltung haben.

Anschließend charakterisierte der Ministerpräsident die  
neue staatspolitische Idee seiner Regierung im Gegensatz zu  
den überlebten Doktrinen des Liberalismus und des  
Marxismus. Es gelte, die Autorität des Staates angesichts  
der Tatsache, daß man heute immer mehr vom Staate ver-  
lange und ihm immer weniger zu dienen gewillt sei, zu  
festigen.

